

I Abstract

Die vorliegende Dissertation beschäftigt sich mit der landespolitischen Steuerung von barrierefreiem bzw. -reduziertem Wohnraum. Zunächst interessiert, in welchen Ausprägungen die 16 Bundesländer die ihnen zur Verfügung stehenden politischen Maßnahmen (»Policies«) in diesem wohnungspolitischen Teilbereich nutzen. Darauf aufbauend soll das Zustandekommen sowie die konkrete Ausgestaltung dieser Policies erklärt werden. Zwei politikfeldanalytische Fallstudien untersuchen dafür die politischen Prozesse in Sachsen-Anhalt und Hessen. Der Ansatz eigendynamischer politischer Prozesse (AEP) nach Böcher/Töller (2012) bildet dafür die theoretischen Grundannahmen. Im Ergebnis steuern die 16 Bundesländer barrierefreien bzw. -reduzierten Wohnraum unterschiedlich stark, wobei Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz als besonders aktiv herauszustellen sind. Sachsen-Anhalt und Hessen sind im Ländervergleich weder außerordentlich aktiv noch außerordentlich zurückhaltend. Das eigendynamische Zusammenspiel aus Problemstrukturen, institutionellen Regelungen und Akteurshandeln kann erklären, weshalb sich die politischen Prozesse der beiden Länder dennoch deutlich voneinander unterscheiden. Sie verlaufen in Hessen konfliktorientierter und basieren auf dem Zielkonflikt zwischen bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum, wohingegen der barrierefreie bzw. -reduzierte Wohnraum in Sachsen-Anhalt durch die dortigen von Alterung und Leerstand betroffenen Wohnungsmärkte weiter oben auf der politischen Agenda steht und einvernehmlicher als politisches Problem adressiert wird.

